

Europa braucht eine neue Flüchtlingsstrategie

Von Tom Koenigs

Große Wanderungen hat es in der Geschichte immer gegeben. Menschen versuchen, vor Hunger und Elend, aber auch vor Unterdrückung und Terror zu flüchten. Die Flüchtenden aufzunehmen und mit ihnen gemeinsam neue Lebenschancen zu entwickeln zählt zu den Kernaufgaben jeder menschenrechtlich orientierten Politik.

Europa und Deutschland sind davon weit entfernt. Das hat viele Gründe. Offenbar sind arme Gesellschaften häufig großzügiger und menschenfreundlicher als reichere – vielleicht, weil wir glauben, mehr zu verlieren zu haben, während wir in Wahrheit problemlos mehr verschenken könnten. Vielleicht fürchten wir uns auch, weil uns die Zuwanderer aus den aktuellen Krisenregionen manchmal sehr fremd erscheinen.

So schottet sich Europa ab. Die südliche Grenze mit dem Mittelmeer ist inzwischen zur tödlichen Falle geworden, in den anliegen-

den Regionen werden die Durchzügler in jeder Weise missbraucht. Und selbst wenn sie das diesseitige Ufer in Griechenland oder Bulgarien erreicht haben, werden sie häufig erneut Opfer von Menschenschmugglern und unwilligen Behörden, die ihre Verpflichtungen nicht wahrnehmen.

Aber das ist nur ein Teil des Bildes. Anders als vor 20 Jahren antworten in Deutschland diesmal zehntausende Bürgerinnen und Bürger auf den Anstieg der Asylbewerber-Zahlen mit aktivem Mitgefühl. Flüchtlingsinitiativen vermitteln zwischen Zuwanderern und „Einheimischen“ – die in vielen Fällen ebenfalls erst ein paar Jahre oder Generationen auf dem heutigen deutschen Staatsgebiet zuhause sind. Viele Behörden fördern inzwischen dieses enorme Engagement. Sie haben die alte Vorstellung hinter sich gelassen, man müsse die Asylbewerber nur schlecht genug behandeln, damit sie zurückgehen, und gehen aktiv und kompetent ihren Aufgaben nach. Die deutsche Gesellschaft ist

offener und angstfreier geworden, das wirkt sich positiv auf ihre Gastfreundschaft aus.

Die Politik allerdings hinkt noch immer hinterher. Es sind vor allem drei Versäumnisse, denen die aktuelle Krise zu verdanken ist.

So gibt es in der EU und ihren Mitgliedstaaten keine solidarische europäische Asylpolitik. Stattdessen werden die Institutionen in den südlichen EU-Ländern mit dem Ansturm weitgehend allein gelassen. Anstatt sich massiv für europäische Solidarität einzusetzen, tragen die Erstaufnahmeländer ihrerseits den Konflikt auf dem Rücken der Flüchtlinge aus und versuchen, diese in irgendeiner Form an die nördlichen Regionen weiterzuschieben. Die humanitären Kosten dieser bürokratischen Skrupellosigkeit sind immens.

Es gibt, zweitens, kein strategisches Konzept für die Einwanderungsgesellschaft, die wir längst – und das mit guten Gründen – sind. Europa und auch Deutschland brauchen Einwanderung. Gleichzeitig gehen wir von der Fiktion geschlossener Grenzen aus – eigentlich darf niemand kommen, es sei denn, er habe einen 150-prozentigen Berechtigungstitel, den er oder sie aber fast immer erst in Deutschland selbst erwerben kann. Einwanderer und Flüchtlinge müssen sich deshalb ständig an den gesetzlichen Regelungen vorbei bewegen. Eine positive Willkommenskultur für erwünschte Zuwanderer sieht anders aus. Gut gestaltet könnte sie aber einen Teil der illegalen Flüchtlingsströme in legale Einwanderung verwandeln.

Der dritte Punkt ist der komplizierteste. Was tun wir, was tut die EU, um die Lage in den Herkunftsländern zu verbessern? Wie unterstützen wir die Nachbarländer der Konfliktherde, die den Großteil der Flüchtenden aufnehmen? Wie kann die Lage in den Transitländern verbessert werden, in denen Flüchtlinge oft schlimmsten Misshandlungen ausgesetzt sind? Der Traum handelt von einem Deutschland, das – nach all dem, was es angerichtet hat – auf genuin politische Gestaltung verzichtet. Anstatt durch eine aktive, menschenrechtsorientierte Außenpolitik die Situation in den Nachbarregionen zu verbessern soll Deutschland, so eine Vorstellung, die von der CSU bis zur Linken reicht, als Wirtschaftsmacht einen Weltmarkt mit Gütern versorgen, der von anderen Mächten geordnet wird. Die Ambivalenz im Verhältnis vieler Deutscher zu den USA entsteht aus dieser Vorstellung. Geordnet soll schon werden, irgendwer muss es ja auch tun, aber so, wie die Amerikaner das machen, ist es natürlich nicht richtig.

Damit soll nicht bestritten werden, dass eine Kritik etwa der amerikanischen Nahost-Politik gute Gründe haben kann. Die Konsequenz wäre aber, dass Deutschland selbst, im Rahmen von EU und VN, dann eine aktive politische Rolle übernehmen müsste. Dass damit eine Modernisierung, d. h. eine Reduzierung von Gewalt, stärkere politische Impulse, mehr Verständnis für kulturelle Differenz und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung – mit anderen Worten: eine konsequente Orientierung an



Tom Koenigs. Foto: privat

den Menschenrechten – einhergehen müsste, versteht sich von selbst.

Im Nahen Osten und in den afrikanischen Krisenregionen haben sich Millionen auf den Weg gemacht. Die wenigsten von ihnen möchten in Flüchtlingslagern wohnen, ihre Länder verlassen oder gar nach Europa kommen. Ihnen durch humanitäre Hilfe und aktive politische Gestaltung ihre Situation zu erleichtern und, wo nötig, das Bleiben zu ermöglichen, wäre eine Option einer solidarischen und strategischen Europäischen Politik, die das Schwergewicht dieser potentiellen Großmacht in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft wirksam werden lässt. Stattdessen zerreibt und spaltet sich die Europäische Union in kleinlichsten Konflikten. Wenn Deutschland nicht als Impulsgeber tätig wird, kann auch die Flüchtlingsproblematik nicht verantwortungsvoll und auf der Basis der Menschenrechte gelöst werden.

Frankfurter Bürgeruniversität

Diskussionsreihe »Alles nur Schwarzmalerei? Schlaglichter globaler Krisen«

Tom Koenigs, menschenrechtspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, sitzt am 26. Januar mit auf dem Podium, wenn es um die Frage geht „Welche Einwanderungspolitik braucht Deutschland?“. Mit Koenigs diskutieren dann Pater Balleis (Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes) und Prof. Dietrich Thränhardt (Migrationsforscher, Universität Münster).

➤ www.buerger.uni-frankfurt.de

